



www.frieden-lernen.de

E-Mail: kontakt@frieden-lernen.de

Tel: 07666-882 791

Friedenspädagogischer Runder Tisch Freiburg fragte zu

Bundeswehrwerbung ? Unter18nie? Wo steht die Ampel? Ansagen der 2 gewählten Bundestags-Abgeordneten von den Grünen, der FDP und der knapp unterlegenen SPD-Kandidatin in Freiburg

Wahlprüfsteine BT-Wahl Sept 21 Pers.Wahlergebnisse	Julia Söhne Partei: SPD verfehlte Einzug in BT knapp	Chantal Kopf (26 Jahre alt) Partei: Bündnis 90/Die Grünen Holt Direktmandat gegen den bisherigen CDU-Abgeordneten	Claudia Raffelhüschen Partei: FDP ; Zieht über die Landesliste BW in den BT
<p>Frage 1</p> <p><i>Werden Sie sich für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre einsetzen – wie es vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages gefordert wird?</i></p>	<p>Ja. Ich setze mich entschieden für Kinderrechte ein und möchte sie im Grundgesetz verankern lassen. In diesem Zusammenhang werde ich mich auch dafür stark machen, dass Deutschland die Forderungen des UN-Ausschusses für Kinderrechte endlich einhält und nicht länger über Ausnahmeregelungen umgeht, um Minderjährige zu rekrutieren. Kinder bedürfen unseres besonderen Schutzes, das gilt im gesellschaftlichen Alltag, aber es gilt umso mehr wenn es um die Rekrutierung fürs Militär geht.</p>	<p>Ja, ich werde mich für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre im Deutschen Bundestag einsetzen, wobei wir, Bündnis 90/Die Grünen, bereits im März 2018 einen entsprechenden Antrag gestellt haben (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/009/1900979.pdf). Jugendliche sind sich der möglichen Folgen einer militärischen Ausbildung nicht immer bewusst (was unter anderem die hohe Abbruchrate der Ausbildung aufzeigt), weshalb sie als Minderjährige geschützt werden müssen.</p>	<p>Wir trauen unseren Kindern immer früher immer mehr zu – Wahlrecht ab 16 oder Abitur mit 17. Die Entscheidung für eine Ausbildung bei der Bundeswehr können wir unseren 17jährigen Kindern auch zumuten. Wichtig dabei ist, dass Minderjährige – so wie es bereits ist- keinen Dienst an der Waffe leisten und auch sonst besonderen Schutzbestimmungen unterliegen. Ihnen ein Jahr Wartezeit aufzuerlegen führt nur dazu, dass der Dienst bei der Bundeswehr für junge Menschen nicht mehr attraktiv ist. Wir müssen aber ehrlich sein und anerkennen, dass wir (noch) ein nationales Heer brauchen und dieses eben auch Soldaten benötigt.</p>
<p>FRAGE 2:</p> <p><i>Unterstützen Sie, dass Militärwerbung bei Minderjährigen gesetzlich verboten wird – wie es auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Deutschen Bundestages fordern?</i></p>	<p>Ja. Die Bundeswehr wirbt seit Jahren gezielt Minderjährige an, oft mit fragwürdigen Kampagnen. Gerade Minderjährige müssen besonders geschützt werden. Daher soll die Militärwerbung bei Minderjährigen gesetzlich verboten werden. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. Für mich ist das auch eine Frage der Glaubwürdigkeit: Wer sich international gegen Kindersoldat:innen einsetzen will, kann nicht im eigenen Land Minderjährige rekrutieren.</p>	<p>Ja, ich unterstütze, dass Militärwerbung bei Minderjährigen in Deutschland gesetzlich verboten wird. Ich finde es nicht richtig, dass unter 18-Jährige in Schulen u.a. mit Videos angeworben werden und die Ausbildung oft romantisiert wird. Hier fehlt es an einer ernsthaften Darstellung der Ausbildung mit ausreichenden Hinweisen der Aufgaben und Pflichten von Soldaten und Soldatinnen. Im Rahmen des Unterrichts zur Thematik der Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands greifen Lehrer*innen in allen Bundesländern auf das Angebot der Jugendoffiziere zurück, in den Unterricht zu kommen, was ich ergänzt durch kritische Diskussionen in Ordnung finde. Grundsätzlich haben sich die Jugendoffiziere dazu verpflichtet, keine Nachwuchsgewinnung zu betreiben. Das muss natürlich eingehalten werden.</p>	<p>Problematisch ist hier, was genau unter Werbung verstanden wird. Jugendoffiziere an Schulen sind explizit zur Aufklärung da und dürfen nicht rekrutieren. Werbung im öffentlichen Raum wird auch immer Jugendliche treffen. Beides ist aus meiner Sicht also absolut legitim. Schwierig finde ich, dass Schreiben an Jugendliche versendet werden, die über die Bundeswehr als Arbeitgeber informieren. Hier sollte der Zugang zu Daten für die Bundeswehr der gleiche sein, wie für jeden anderen Arbeitgeber. Dafür bedarf es aber keines gesetzlichen Verbotes, das sowieso schwierig umzusetzen wäre, sondern einer Änderung des Bundesmeldegesetzes.</p>